Stadtverordnetenversammlung der
Landeshauptstadt Potsdam

Kleine Anfrage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

20/SVV/0717

Einreicher: Stadtverordnete Vandre, Fraktion DIE LINKE

öffentlich

Betreff:
Häusliche Gewalt in Potsdam

Erstellungsdatum:	06.07.2020
Eingang Büro der SVV:	07.07.2020
weitergeleitet an das Büro OBM:	07.07.2020
Termin der Beantwortung:	28.07.2020
Terminverlängerung:	
Eingang der Beantwortung:	19.08.2020

Anlass des Auskunftsersuchens gem. § 29 Abs. 1 BbgKVerf.:

Laut der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Brandenburger Landtag ist die Anzahl der Anzeigen im Bereich der Häuslichen Gewalt zwischen dem 16. März und dem 17. Mai 2020 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum landesweit von 617 auf 756 und damit um 22,5% gestiegen. Bereits vor dieser statistischen Auswertung gab es in der Phase des Lockdowns Corona Pandemie wiederholt Warnungen über eine drohende Zunahme von Häuslicher Gewalt.

Ich frage die Landeshauptstadt Potsdam daher:

1. **Wie entwickelte sich die Anzahl der Fälle häuslicher Gewalt seit dem 16. März 2020 in Potsdam im Vergleich zum Vorjahr?**

2. **Hat die Zahl der Anzeigen aufgrund von häuslicher Gewalt (inkl. Anzeigen nach dem Gewaltschutzgesetz) seit den ersten Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie (ab 12. KW) zugenommen? Bitte geben Sie Vergleichszahlen aus dem Vorjahr mit an.**

   Hierzu liegen der Landeshauptstadt Potsdam keine Informationen vor.

3. **Welche Maßnahmen hat die LHP ergriffen um von Häuslicher Gewalt betroffene Frauen schnellstmöglich trotz Lockdown zu unterstützen?**

   Die Gleichstellungsbeauftragte Frau Trauth hat einen Flyer mit den wichtigsten Ansprechpartnern in Fällen von häuslicher Gewalt erstellt und an die Wohnungsgenossenschaften und die ProPotsdam GmbH verschickt. (s. Anlage). Diese wurden in allen Hausaufgängen verteilt.

   Der Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration hat mit dem Frauenhaus erforderliche Maßnahmen während des Lockdowns abgestimmt. Dazu gehörte, dass die LHP ausreichend Ausweichplätze zur Unterbringung von Frauen, insbesondere am Wochenende, zur Verfügung stellt.

Unterschrift

Diese Verabredung wurde bis Mitte Juli 2020 so umgesetzt, d.h. dem Frauenhaus wurden durch den Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration für notwendige Unterbringungen von Frauen zusätzliche Unterbringungskapazitäten vorgehalten.

Die Kommunikation der Frauen mit der Frauenberatungsstelle wurden mit dem Lockdown auf digitale und telefonische Kanäle umgestellt.

4. **Wie entwickelten sich in Potsdam seit dem 16. März die Bedarfe zur Unterbringung in Frauenhäusern?**

   Frauenhaus, Frauenberatungsstelle und Frauennotwohnung verzeichneten zu Beginn des Lockdowns einen Rückgang der Kontaktaufnahmen. Das bedeutete nicht, dass häusliche Gewalt abgenommen hatte, sondern dass die Möglichkeiten, ungesehen vom (Ex-)Partner oder Ehemann Kontakt zu Hilfestrukturen aufzunehmen, abgeschnitten waren.
   Für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Frauenzentrums bedeutete dies, immer wieder dazu aufzurufen, dennoch den Kontakt zu suchen und auch an Nachbar*innen und Bekannte zu appellieren, aufmerksam zu sein und im Zweifel die Polizei zu kontaktieren.

   Nach Auskunft des Frauenhauses kamen zu Beginn des Lockdowns die Anfragen nach Unterbringung fast zum Erliegen. Dies wird mit mangelnden Möglichkeiten der Betroffenen zur Kontaktaufnahme und zum Verlassen der häuslichen Situation und gleichzeitig mit der Angst vor Ansteckung in einer Gemeinschaftsunterkunft erklärt. Inzwischen hat sich die Nachfragesituation etwa auf das Vorjahresniveau eingepegelt.

5. **Wie viele Kinder waren in Fällen häuslicher Gewalt betroffen?**

   Hierzu kann keine Aussage getroffen werden.

   Darüber hinaus wird auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage 20/SVV/0717 verwiesen. Die Kleine Anfrage beschäftigt sich mit dem Kindeswohl in der Landeshauptstadt Potsdam während der Monate des Lockdowns im Vergleich zu den Vorjahresmonaten und gibt einen Überblick über die Entwicklung der Verdachtsmeldungen und der bestätigten Fälle.

Zuständigkeit: Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit